Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 78 (2007)

Heft: 5

Artikel: Nationalrat Pierre Triponez setzt weiterhin auf eine höhere Mehrwertsteuer : "Es ist eine gewisse Opferbereitschaft nötig"

Autor: Steiner, Barbara / Triponez, Pierre

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-805041

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationalrat Pierre Triponez setzt weiterhin auf eine höhere Mehrwertsteuer

«Es ist eine gewisse Opferbereitschaft nötig»

Barbara Steiner

Pierre Triponez, Präsident der SGK-N, hofft trotz vorerst ablehnender Haltung des Nationalrats, dass die Zusatzfinanzierung der IV über eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen wird.

Herr Triponez, werden die Stimmberechtigten am 17. Juni der 5. IVG-Revision zustimmen?
Pierre Triponez: Ich bin überzeugt, dass die Vorlage deutlich angenommen wird.

Warum?
Triponez: Ein Ja läge meines Erachtens auch im Interesse der Menschen mit Behinderung. Dank Massnahmen wie Früherfassung und -intervention und einem erweiterten Beratungsangebot werden mehr Personen mit gesundheitlichen Problemen als bisher im Erwerbsleben integriert bleiben. Auf diese Weise sind sie weniger isoliert als wenn sie einfach eine Rente beziehen. Natürlich wird es sehr wichtig sein, dass die Bestimmungen auch wirklich zum Tragen kommen. Das ist aber bei jedem Gesetz so.

Was würde ein Nein zur Vorlage bedeuten?
Triponez: Das wäre schlimm. Wir müssten wieder bei null beginnen, derweil die Schulden weiter ansteigen. Die Parteien inklusive SVP haben sich einmal auf die 5. IVG-Revision geeinigt. Nun sollten wir die Massnahmen umsetzen, die Lage nach einigen Jahren wieder beurteilen und entscheiden, ob materielle und finanzielle Modifikationen notwendig sind. Das ist verantwortungsvolle Politik. Es gibt kaum ein Gesetz, das über Jahrzehnte seine Gültigkeit behalten kann. Aber wir müssen jetzt handeln. Auch eine 6. IVG-Revision würde wahrscheinlich den einen nicht weit genug und den anderen zu weit gehen.

Der Nationalrat lehnte den Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) für die Zusatzfinanzierung der IV ab. Wird dies einen Einfluss haben auf das Abstimmungsergebnis?
Triponez: Ich denke nicht, dass die Stimmberechtigten dies übermässig gewichten werden. Aber es wäre sympathisch gewesen, wenn sich der Rat auf eine Lösung hätte einigen können. Es wäre ein klares Signal gewesen, dass der Wille vorhanden ist, die IV zu sanieren. Schliesslich verursacht die 5. IVG-Revision in der Startphase zusätzliche Kosten und wird erst mittelfristig zu Einsparungen führen. Bei Behindertenorganisationen dürfte die Haltung des Nationalrats die durch die Revision verursachte Verunsicherung zusätzlich vergrössert haben.

Sie waren davon ausgegangen, dass der Kommissionsvorschlag durchkommen wird?
Triponez: Völlig überraschend kam das Nein für mich nicht. Angesichts einiger knapper Abstimmungsergebnisse vor allem in der Subkommission der SGK-N, welche die Zusatzfinanzierung behandelte, musste davon ausgegangen werden, dass es kritisch werden könnte. Aber wir hatten uns gute Chancen ausgerechnet für die Vorlage.

Wieso?
Triponez: Schliesslich hatten wir in einem langen Prozess verschiedenste Möglichkeiten und Alternativen gründlich geprüft und seriös durchgerechnet und eine saubere Lösung präsentiert. In der Kommission war

Nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Der Nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) gehören nebst Präsident Pierre Triponez (FDP, BE) folgende Personen an: Jürg Stahl (SVP, ZH), Roland F. Borer (SVP, SO), Toni Bortoluzzi (SVP, ZH), Jean Henri Dunant (SVP, BS), Christine Egerszegi-Obrist (FDP, AG), Hugo Fasel (grüne Fraktion, FR), Jacqueline Fehr (SP, ZH), Christine Goll (SP, ZH), Yves Guisan (PRD, VD), Felix Gutzwiller (FDP, ZH), Hansjörg Hassler (SVP, GR), Ruth Humbel Näf (CVP, AG), Liliane Maury Pasquier (SP, GE), Thérése Meyer (CVP, FR), Guy Parmelin (UDC, VD), Paul Rechsteiner (SP, SG), Rudolf Rechsteiner (SP, BS), Meinrado Robbiani (PPD, TI), Stéphane Rossini (SP, VS), Claude Ruey (PLS, VD), Silvia Schenker (SP, BS), Marcel Scherer (SVP, ZG), Franziska Teuscher (GB, BE), Reto Wehrli (CVP, SZ). *(bas)*

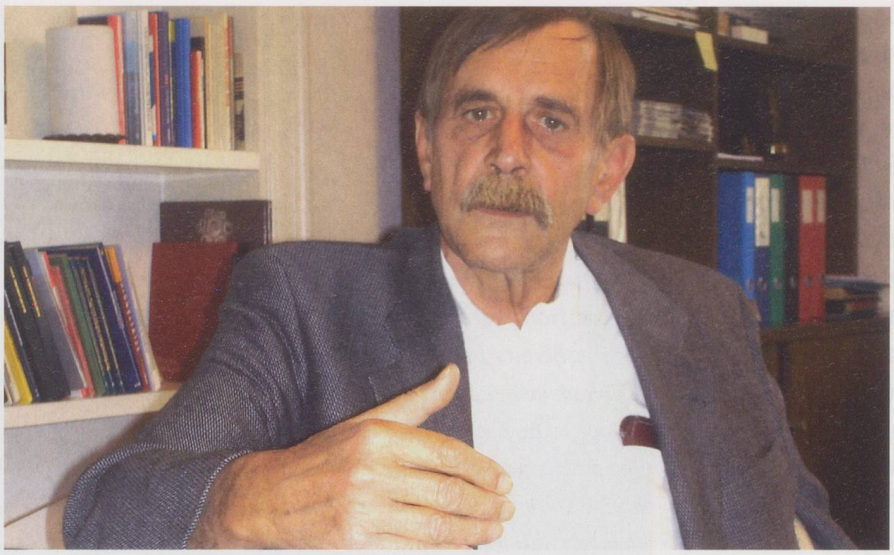
trotz sehr unterschiedlicher Positionen der Wille spürbar, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Im Nationalrat verunmöglichten es dann halt verschiedene taktische Manöver, sich zu einem Beschluss durchzuringen. Wie weit hier die bevorstehenden Wahlen eine Rolle gespielt haben, kann ich nicht beurteilen. Grundsätzlich erschweren sie es aber schon, heikle Geschäfte wie Steuererhöhungen durchzubringen.

■ *Welches waren in den Diskussionen in der Kommission die wesentlichsten Knackpunkte?*

Triponez: Wie dann ja auch im Plenum zum Ausdruck kam, war die Frage umstritten, ob die Sanierung über zusätzliche Lohnprozente oder über die Mehrwertsteuer erfolgen sollte. Die von bürgerlicher Seite und Travail Suisse favorisierte Mehrwertsteuervariante hat den Vorteil, dass das Stimmvolk darüber befinden muss und nicht der Eindruck entstehen kann, es werde hinter seinem Rücken etwas durchgesetzt. Zudem müssten diese Lösung alle Konsumenten mittragen, währenddem mit den vom Gewerkschaftsbund geforderten Lohnprozenten nur die Erwerbstätigen belastet würden. Mit der befristeten Erhöhung der Steuer wäre auch eine gewisse Kontrolle gewährleistet.

■ *Besteht nicht die Gefahr, dass eine Steuererhöhung nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte?*

Triponez: Nein. Nach einigen Jahren Erfahrung mit den revidierten IV-Bestimmungen könnte man über die Bücher gehen. Zeigen die Sparbemühungen die erhoffte Wirkung, liesse sich die Steuer wieder senken. Rege wurde weiter darüber diskutiert, ob die Schulden der IV nicht gleich auf einen Schlag eliminiert werden sollten, statt die Finanzen mit einer langfristigen Übung in den Griff zu bekommen. Unterschiedliche Ansichten herrschten auch in Bezug auf die Koppelung der Zusatzfinanzierung an die Zustimmung zur 5. IVG-Revision. Hier setzten sich die Bürgerlichen durch mit der Argumentation, dass die Fakten klar sein müssen, bevor die Finanzierung geregelt wird. Nur so kann man der Bevölkerung stichhaltige Begründungen liefern. Die Linke wünschte sich ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Schuldentilgung. Dagegen wehrten sich die Bürgerlichen erfolgreich mit der Begründung, dass so die Steuerzahler nochmals zur Kasse gebeten würden.



«Auch eine 6. IVG-Revision würde wahrscheinlich den einen nicht weit genug und den anderen zu weit gehen.»

Foto: bas

■ *Die Schaffung eines eigenen IV-Fonds war in der Kommission kein Thema?*

Triponez: Doch, langfristig wäre es ja politisch auch sinnvoll, AHV- und IV-Fonds zu trennen. Noch ist es dafür aber zu früh. Die Aufteilung eines Gefässes, in der sich derzeit über 9 Milliarden Franken Schulden befinden, ist äusserst komplex.

■ *Was erwarten Sie von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats, die sich nach der Abstimmung vom 17. Juni der Zusatzfinanzierung annehmen wird?*

Triponez: Wir haben so viel Vorarbeit geleistet und so gute Entscheidgrundlagen zusammengetragen, dass seitens des Ständerats relativ rasch eine Gesamtbeurteilung möglich sein sollte. Ich bin überzeugt, dass die Zusatzfinanzierung über eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen wird. Allenfalls erfährt unser Vorschlag noch Nuancen, aber grundsätzlich findet dieses Vorgehen die breiteste Akzeptanz. Für die Tilgung von Schulden gibt es nicht Tausende von Lösungen. Jemand muss bezahlen, und es ist eine gewisse Opferbereitschaft nötig.

■ *Wann könnte die Erhöhung frühestens wirksam werden?*

Triponez: Das Volk dürfte Ende 2008, Anfang 2009 dazu Stellung nehmen können. Um die Erhöhung vorzubereiten, benötigt die Wirtschaft ungefähr ein Jahr. Somit ist frühestens per 2011 mit einer Erhöhung zu rechnen. Bis dahin steigen die Schulden der IV um derzeit täglich fast fünf Millionen Franken weiter an. ■

Zur Person:

Der promovierte Jurist Pierre Triponez ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands.